



Postulat 351

Eingang Stadtkanzlei: 20. Juni 2016

Bauen mit einheimischem Holz fördern

In der Stadt Luzern werden in den nächsten Jahren diverse Schulhäuser renoviert oder neu gebaut und wohl auch andere eigene Bauten erstellt.

Die Forderung nach Verwendung von eigenem Bauholz wurde schon im Jahr 2007 mit dem Postulat 247 2004/2009 von Markus Mächler namens der CVP-Fraktion gestellt. Der Stadtrat lehnte das Postulat damals ab, mit dem Hinweis, dass die Stadt bei Bauausführungen die submissionsrechtlichen Vorgaben zu berücksichtigen habe. Zudem schreibe das Waldgesetz des Kantons Luzern die Prüfung von Holzausführungen bei öffentlichen Bauten vor, dabei müsse aber die Wirtschaftlichkeit sichergestellt werden. In der Debatte vom 13. Dezember 2007 wurde das Postulat aber überwiesen, da das Parlament mehrheitlich der Meinung war, dass die Forderung des Postulats in die richtige Richtung gehe.

Unter den seit 2015 geltenden Schweizer Brandvorschriften können Holzbauten in allen Gebäudekategorien und Nutzungen errichtet werden. Bei den Anforderungen an den Feuerwiderstand wird nicht mehr zwischen brennbaren und nichtbrennbaren Konstruktionen unterschieden. Heute werden Gebäude von bis 30 m Gesamthöhe als Wohn-, Büro- und Schulhäuser sowie Industrie- und Gewerbebauten und Verkaufsgeschäfte in Holzbau errichtet.

Die weltweit starke Emission von Kohlendioxid (CO₂) ist eines der drängendsten Umweltprobleme unserer Zeit. Wir wissen alle: Holz bindet CO₂ aus der Luft. Wird ein Baum genutzt und zu Holzprodukten verarbeitet, so gelangt der Kohlenstoff in ein Depot und bleibt über Jahrzehnte, vielleicht sogar über Jahrhunderte gebunden. Im Hinblick auf eine 2000-Watt-Gesellschaft wäre es für die Stadt sinnvoll, zukünftig vermehrt auf Holzbauten zu setzen und dabei wenn möglich einheimisches Holz zu verwenden. In der Schweiz wächst jedes Jahr 10 Mio. m³ Holz; davon werden im langjährigen Mittel nur gerade ca. 5 Mio. m³ genutzt. Das heisst: der Vorrat an Holz wird in der Schweiz jedes Jahr grösser, resp. der Rohstoff ist vorhanden und kann genutzt werden.

Seit der Überweisung des Postulats im Jahr 2007 wurden von der Stadt verschiedene öffentliche Bauten erstellt: Staatsarchiv, Schulhäuser usw. Leider blieb dabei der Gebrauch von einheimischem Holz oder Holz fast komplett auf der Strecke. Die einzige uns bekannte Ausnahme bildet der (äusserst gelungene!) Ergänzungsbau für Tagesstrukturen beim Schulhaus Fluhmühle (vgl. B+A 39/2012). Inwieweit in dieser Zeit bei kleineren Bauten oder Renovationen einheimisches Holz verarbeitet wurde, entzieht sich hingegen unseren Kenntnissen.

Wir fordern den Stadtrat auf zu prüfen, inwieweit bei der Ausschreibung von Bauprojekten der Realisierung von Holzbaulösungen mehr Gewicht gegeben werden kann. Damit die ökologischen Kriterien erfüllt werden, müsste auch nachgewiesen werden, woher das verwendete Holz bezogen wird.

Wir fordern den Stadtrat ausserdem dazu auf zu prüfen, welche anderen Massnahmen dazu geeignet wären, um Holzbauten zu fördern und dabei einheimisches Holz zu bevorzugen.

Katharina Hubacher und Christian Hochstrasser
namens der G/JG-Fraktion

Roger Sonderegger und Markus Mächler
namens der CVP-Fraktion